

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik

1. Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 15/6918

über die Wohnraumförderung in Bayern (Bayerisches Wohnraumförderungsgesetz - BayWoFG)

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Joachim Wahnschaffe, Ludwig Wörner, Kathrin Sonnenholzner u.a. SPD

Drs. 15/7254

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung über die Wohnraumförderung in Bayern (BayWoFG) I (Drs. 15/6918)

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Joachim Wahnschaffe, Ludwig Wörner, Kathrin Sonnenholzner u.a. SPD

Drs. 15/7255

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung über die Wohnraumförderung in Bayern (BayWoFG) II (Drs. 15/6918)

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Joachim Wahnschaffe, Ludwig Wörner, Kathrin Sonnenholzner u.a. SPD

Drs. 15/7256

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung über die Wohnraumförderung in Bayern (BayWoFG) III (Drs. 15/6918)

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Joachim Wahnschaffe, Ludwig Wörner, Kathrin Sonnenholzner u.a. SPD

Drs. 15/7257

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung über die Wohnraumförderung in Bayern (BayWoFG) IV

(Drs. 15/6918)

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Joachim Wahnschaffe, Ludwig Wörner, Kathrin Sonnenholzner u.a. SPD

Drs. 15/7259

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung über die Wohnraumförderung in Bayern (BayWoFG) VI (Drs. 15/6918)

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Joachim Wahnschaffe, Ludwig Wörner, Kathrin Sonnenholzner u.a. SPD

Drs. 15/7261

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung über die Wohnraumförderung in Bayern (BayWoFG) VII (Drs. 15/6918)

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Joachim Wahnschaffe, Ludwig Wörner, Kathrin Sonnenholzner u.a. SPD

Drs. 15/7262

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung über die Wohnraumförderung in Bayern (BayWoFG) VIII (Drs. 15/6918)

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Drs. 15/7263

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung über die Wohnraumförderung in Bayern (Bayerisches Wohnraumförderungsgesetz - BayWoFG) (Drs. 15/6918)

Berechnung des der Förderung zugrunde liegenden Gesamteinkommens

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Drs. 15/7264

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung über die
Wohnraumförderung in Bayern (Bayerisches
Wohnraumförderungsgesetz - BayWoFG)
(Drs. 15/6918)
Einkommengrenzen Pauschalabzug

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Drs. 15/7265

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung über die
Wohnraumförderung in Bayern (Bayerisches
Wohnraumförderungsgesetz - BayWoFG)
(Drs. 15/6918)
Passivhausstandard im sozialen Wohnungsbau

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Drs. 15/7457

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung über die
Wohnraumförderung in Bayern (Bayerisches
Wohnraumförderungsgesetz - BayWoFG)
(Drs. 15/6918)
Besondere Wohnformen

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Jakob Kreidl, Angelika Schorer, Eberhard Rotter u.a. CSU
Drs. 15/7549

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung über die
Wohnraumförderung in Bayern
(Drs. 15/6918)

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderung durchgeführt wird:

Dem Art. 3 Abs. 1 wird folgender Satz 5 angefügt:

„⁵Genossenschaftliches Wohnen ist das lebenslange Wohn- bzw. Nutzungsrecht, das man als Mitglied einer Genossenschaftswohnung genießt.“

Berichterstatter: **Joachim Unterländer**
Mitberichterstatter: **Joachim Wahnschaffe**

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf und die Änderungsanträge wurden dem Ausschuss für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit, der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen haben den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge mitberaten. Der Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge endberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 15/7254, 15/7255, 15/7256, 15/7257, 15/7259, 15/7261, 15/7262, 15/7263, 15/7264 und 15/7265 in seiner 68. Sitzung am 01. Februar 2007 beraten

Hinsichtlich des Gesetzentwurfs (Drs. 15/6918) hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
SPD: Zustimmung
B90 GRÜ: Enthaltung
mit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 15/7256 hat der Ausschuss einstimmig Zustimmung empfohlen. Der Änderungsantrag Drs. 15/7256 hat durch die Aufnahme in I. seine Erledigung gefunden.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 15/7254, 15/7255, 15/7257, 15/7259, 15/7261, 15/7262 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
B90 GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 15/7263 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Enthaltung
B90 GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 15/7264 und 15/7265 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Ablehnung
B90 GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 15/7254, 15/7255, 15/7256, 15/7257, 15/7259, 15/7261, 15/7262, 15/7263, 15/7264, 15/7265, 15/7457 und 15/7549 in seiner 75. Sitzung am 28. Februar 2007 mitberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung

SPD: Zustimmung

B90 GRÜ: Enthaltung

Zustimmung empfohlen mit der Maßgabe, dass folgende Änderung durchgeführt wird:

Dem Art. 3 Abs. 1 wird folgender Satz 5 angefügt:

„⁵Genossenschaftliches Wohnen ist die Nutzung von Wohnraum auf Grund von Rechten, die die Satzung einer Genossenschaft ihren Mitgliedern gewährt.“

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 15/7549 hat der Ausschuss einstimmig Zustimmung empfohlen. Durch die Aufnahme in die Stellungnahme hat der Antrag seine Erledigung gefunden.

Der Änderungsantrag Drs. 15/7256 hat durch die Zustimmung zur Drs. 15/7549 seine Erledigung gefunden.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 15/7254, 15/7255, 15/7257, 15/7259, 15/7261 und 15/7262 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

B90 GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 15/7263 und 15/7457 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung

SPD: Enthaltung

B90 GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 15/7264 und 15/7265 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung

SPD: Ablehnung

B90 GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 15/7254, 15/7255, 15/7256, 15/7257, 15/7259, 15/7261, 15/7262, 15/7263, 15/7264, 15/7265, 15/7457 und 15/7549 in seiner 159. Sitzung am 01. März 2007 mitberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfs hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung

SPD: Zustimmung

B90 GRÜ: Enthaltung

der Stellungnahme des Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit zugestimmt.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 15/7549 hat der Ausschuss einstimmig Zustimmung empfohlen. Durch die Aufnahme in die Stellungnahme hat der Antrag seine Erledigung gefunden.

Der Änderungsantrag Drs. 15/7256 hat durch die Zustimmung zur Drs. 15/7549 seine Erledigung gefunden.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 15/7254, 15/7255, 15/7257, 15/7259, 15/7261 und 15/7262 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

B90 GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 15/7263 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung

SPD: Enthaltung

B90 GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Die Antragsteller haben den Änderungsantrag Drs. 15/7457 zurückgenommen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 15/7264 und 15/7265 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung

SPD: Ablehnung

B90 GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

5. Der Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 15/7254, 15/7255, 15/7256, 15/7257, 15/7259, 15/7261, 15/7262, 15/7263, 15/7264, 15/7265, 15/7457 und 15/7549 in seiner 64. Sitzung am 08. März 2007 endberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfs hat der Ausschuss mit den Stimmen von CSU und SPD einstimmig der Stellungnahme des Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit zugestimmt.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 15/7549 hat der Ausschuss mit den Stimmen von CSU und SPD einstimmig Zustimmung empfohlen. Durch die Aufnahme in die Stellungnahme hat der Antrag seine Erledigung gefunden.

Der Änderungsantrag Drs. 15/7256 hat durch die Zustimmung zur Drs. 15/7549 seine Erledigung gefunden.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 15/7254, 15/7255, 15/7256, 15/7257, 15/7259, 15/7261 und 15/7262 hat der Ausschuss mit folgendem Stimm-
ergebnis:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
B90 GRÜ: kein Votum
A b l e h n u n g empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 15/7263 hat der Ausschuss mit folgendem Stimm-
ergebnis:

CSU: Ablehnung
SPD: Enthaltung
B90 GRÜ: kein Votum
A b l e h n u n g empfohlen.

Die Antragsteller haben die Änderungsanträge Drs. 15/7457 und Drs. 15/7258 zurückgenommen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 15/7264 und 15/7265 hat der Ausschuss mit den Stimmen von CSU und SPD einstimmig Ablehnung empfohlen.

Joachim Wahnschaffe
Vorsitzender